

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

IV. Quartal 1994

2. Oktober: Im Handelsstreit zwischen den USA und Japan kommt in den „Frame-Work-Verhandlungen“ eine teilweise Einigung zustande: Japan verpflichtet sich, seinen Versicherungsmarkt und den Markt für Flachglas ausländischen Mitbewerbern zu öffnen. Auch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen sollen ausländische Unternehmen mehr Chancen erhalten. Über den wichtigsten Teil der Verhandlungen — Autos und Autoersatzteile — wurde kein Ergebnis erzielt.

Ausland

16. Oktober: In Finnland entscheiden sich bei einer Volksabstimmung 56,3% der Wahlberechtigten für einen Beitritt zur EU.

31. Oktober: Die Außenminister der 12 EU-Länder, der vier Beitrittswerber (Österreich, Finnland, Schweden, Norwegen) und von sechs osteuropäischen Ländern (Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien, Tschechien und Slowakei) beraten in Luxemburg über die Integration der osteuropäischen Staaten. Die Europäische Kommission wird ein Weißbuch zu diesem Thema erstellen.

Ein Mandat über die bilateralen Verhandlungen mit der Schweiz zu den Themen Forschung, freier Personenverkehr, technische Handelshemmnisse, öffentliche Ausschreibungen und Agrarhandel wird verabschiedet.

1. November: In Casablanca geht der Wirtschaftsgipfel der arabischen Länder zu Ende. In einem Schlußdokument wird die Rolle des privaten Sektors zur Sicherung des Friedens und zur Erhöhung des Wohlstands in der Region unterstrichen.

Israel, Jordanien und Ägypten einigen sich auf die Gründung einer privaten Investitionsbank.

11. November: Der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ergeht 1994 an Reinhard Selten, John Nash und John Hasanyi für ihre grundlegende Analyse des Gleich-

Mit 1. Jänner 1995 werden Österreich, Schweden und Finnland Mitglied der EU sein. In Norwegen, dem vierten Land, das über den Beitritt verhandelt hat, entschied sich die Bevölkerung in einer Volksabstimmung gegen die EU-Integration. Die Erweiterung der Europäischen Union durch sechs osteuropäische Länder wird von den Außenministern der EU beraten. Integrationsversuche werden auch in der arabischen Welt, vor allem aber im asiatisch-pazifischen Raum verhandelt.

gewichts in der Theorie des nichtkooperativen Spiels.

13. November: In einer Volksabstimmung entscheiden sich 52% der Schweden für einen Beitritt zur EU.

15. November: Anlässlich eines Gipfeltreffens der 18 Regierungschefs des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforums (APEC) wird die Bildung der größten Freihandelszone der Welt bis 2020 beschlossen. Ferner entscheiden sich die sechs ASEAN-Staaten, die USA, Kanada, Neuseeland, Japan, Südkorea, China, Hongkong, Taiwan, Mexiko, Chile und Papua-Neuguinea, die gemeinsame Entwicklungsarbeit sowie gemeinsame Handels- und Investitionsprogramme zu fördern.

28., 29. November: Der Beitritt Norwegens zur EU wird in einer Volksabstimmung mit 52,3% abgelehnt.

9. Dezember: Das Gipfeltreffen der 21 Staats- und Regierungschefs der EU, Österreichs, Schwedens und Finnlands steht unter den Themen Osterweiterung und Deregulierung der Arbeitsmärkte. Die Osterweiterung soll in drei Schritten erfolgen: Einbindung künftiger EU-Mitglieder durch halbjährliche Konferenzen der Außenminister, ein Weißbuch über die Anpassung der osteuropäischen Rechtslage an die EU nach dem Vorbild des Weißbuches über das EU-Binnenmarktprogramm, kurzfristige handelspolitische Maßnahmen für den Agrar- und Textilhandel.

Weiters werden fünf Schwerpunkte zur Beschäftigungssteigerung vorgeschlagen: Förderung von Investitionen in der Berufsbildung, flexiblere Arbeitsorganisation und Arbeitszeit, um die Beschäftigungsintensität des Wachstums zu steigern, Senkung der Lohnnebenkosten, Einkommensbeihilfen als Instrument der Arbeitsmarktpolitik, Maßnahmen für Jugendliche mit geringer Qualifikation.

Die Gesamtarbeitsverträge sollen flexibleren Tarifabschlüssen auf Unternehmens- und Sektorebene weichen. Alternative Steuerquellen wie die CO₂-Abgabe und eine Mindestbesteuerung von Kapitalerträgen werden vorgeschlagen.

11. Dezember: In Miami findet ein Gipfeltreffen von 34 Staats- und Regierungschefs aus Nord- und Südamerika statt. Sie proklamieren eine panamerikanische Freihandelszone „Free Trade Area of the Americas“ (FTAA), die im Jahr 2005 in Kraft treten soll

18. Dezember: In Lissabon unterzeichnen die Vertreter von 46 west- und osteuropäischen Staaten den „Vertrag über die Europäische Energiecharta“. Dieser Vertrag legt wirtschaftliche und finanzielle Garantien für ausländische Investoren fest und bietet somit die Grundlage für einen europaweiten Binnenmarkt auf dem Energiesektor

1. Jänner 1995: Die Welthandelsorganisation (WTO) nimmt ihre Arbeit auf. Sie wird das 1947 gegründete GATT bis spätestens 1996 ersetzen

Zwischen den vier Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay) werden die Zölle abgeschafft. Gegenüber Drittländern werden Importzölle von bis zu 20% eingehoben

Österreich

9. Oktober: Bei den Nationalratswahlen entfallen auf die SPÖ 34,92%, auf die ÖVP 27,67%, auf die FPÖ 22,5%, auf Die Grünen 7,31% und auf das Liberale Forum 5,97% der gültigen Stimmen

Im Arbeitsübereinkommen der neuen Koalitionsregierung von SPÖ und ÖVP werden Maßnahmen zur Konsolidierung des Budgets zum Erreichen der Konvergenzkriterien nach dem Maastricht-Vertrag vorgestellt. — Mit 1. Jänner 1995 tritt Österreich der EU bei.

1. November: Die Löhne und Gehälter werden in der Metallindustrie um 3,5% angehoben. Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne steigen um 3,8%; dazu kommt eine einmalige Konjunkturprämie von 2.000 S

Die Arbeiter und Angestellten der Elektrizitätsversorgungsunternehmen erhalten eine Erhöhung der Kollektiv-

vertragslöhne um 3,8%, eine Erhöhung der Ist-Löhne um 3,5%, jedoch mindestens 600 S. Zusätzlich wird ebenfalls eine einmalige Konjunkturprämie von 2.000 S ausgezahlt

21. November: Bundespräsident Klestil und Bundeskanzler Vranitzky unterzeichnen die Ratifizierungsurkunde für den EU-Beitritt Österreichs

25. November: Ein Arbeitsübereinkommen zwischen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei bildet die Grundlage der Koalitionsregierung für die XIX. Gesetzgebungsperiode.

Zentrales wirtschaftspolitisches Ziel ist die Budgetkonsolidierung zur Erreichung der von der EU geforderten Stabilitätskriterien für den Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion. Innerhalb dieser Gesetzesperiode soll das Nettodefizit unter 3% des BIP gesenkt werden (siehe dazu Breuss, F., Guger, A., Lehner, G., „Das Konsolidierungsvorhaben der Bundesregierung — gesamtwirtschaftliche Wirkungen“, in diesem Heft).

6. Dezember: Im Europäischen Währungsinstitut in Frankfurt unterzeichnet die Oesterreichische Nationalbank jene Verträge, die die Voraussetzung für den Eintritt Österreichs in das EWS schaffen. Somit kann der Beitritt zum EWS gleichzeitig mit dem Beitritt zur EU erfolgen. Die Wechselkurspolitik Österreichs, die durch die enge Bindung des Schillings an die DM gekennzeichnet ist, wird weiterverfolgt.

1. Jänner 1995: Österreich tritt der Europäischen Union bei

Die Gehälter der Handelsangestellten werden um 3,6% erhöht. Das Mindestgehalt wird von 11.470 S auf 12.000 S angehoben. Das bedeutet eine Erhöhung der niedrigsten Einkommen um 4,6%. Die Gehälter im öffentlichen Dienst werden um 2,87% erhöht. Für die Eisenbahnbediensteten wird eine Steigerung um 2,5% und einen Sockelbetrag von 190 S vereinbart.

Abgeschlossen am 1. Jänner 1995

Theodor Pütz†

Das Ehrenmitglied des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Univ.-Prof. DDr. Theodor Pütz verstarb am 16. Dezember 1994 in Innsbruck. Er war dem Institut engstens verbunden, 22 Jahre nahm er die Position des Vizepräsidenten ein. Obwohl aus dem Rheinland stammend, zählte er zu den herausragendsten Gestalten der österreichischen Nationalökonomie nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein blendender Didaktiker, versuchte er, die Studenten in Wien an den internationalen Stand der Theorie, insbesondere der Wirtschaftspolitik heranzuführen. In letzterem Bereich lag auch der Schwerpunkt seiner eigenen Forschungsarbeit. Im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen maß er den institutionellen Aspekten der Ökonomie hohes Gewicht bei. So edierte er das erste große Sammelwerk über die Sozialpartner (Verbände und Wirtschaftspolitik in Österreich, Berlin 1966) und veranstaltete ein Seminar, an dem regelmäßig nicht nur die akademischen Ökonomen, sondern auch jene der Sozialpartner teilnahmen. Als Vizepräsident des WIFO förderte er die Zusammenarbeit zwischen Universität und empirischer Wirtschaftsforschung. Das Institut bleibt ihm dafür stets mit Dank verbunden.